



E3G

BRIEFING PAPER JULI 2025

EUROPA STÄRKEN, INTERNATIONAL GESTALTEN

DEUTSCHLANDS AUSSENBEZIEHUNGEN IM ZEICHEN VON DEKARBONISIERUNG, KLIMAWANDEL UND GEOPOLITISCHEN UMWÄLZUNGEN

MARC WEISSGERBER, ANTON JAEKEL, STEFFEN MENZEL

Die neue Bundesregierung sieht sich mit erheblichen internationalen Herausforderungen konfrontiert. Zunehmende geopolitische Spannungen und neue geoökonomische Dynamiken, nicht zuletzt die Erosion der regelbasierten internationalen Ordnung selbst, erfordern eine zügige und umfassende Neuorientierung in den Außenbeziehungen über alle Politikbereiche hinweg. Gleichzeitig ist eine wirksame internationale Zusammenarbeit bei der Dekarbonisierung und im Umgang mit dem Klimawandel essenziell für Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit.

Dieses Briefing skizziert strategische Handlungsfelder, in denen die Bundesregierung im Rahmen von Deutschlands Außenbeziehungen Europa stärken und global wirksam agieren kann.



E3G

Executive Summary

Geopolitische und geoökonomische Machtverhältnisse wandeln sich tiefgreifend. Zum einen fordern internationale Konflikte, ein fragmentiertes Handelsregime und fragile Wertschöpfungsketten die regelbasierte internationale Ordnung, wie sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gewachsen ist, zunehmend heraus. Zum anderen sehen sich multilaterale Institutionen einem Vertrauensverlust gegenüber und stehen vor der Frage, ob sie angesichts dieser Herausforderungen den zukünftigen Aufgaben noch gerecht werden können.

Deutschland und die EU stehen inmitten dieses Umbruchs:

Die langwährenden vielfältigen und partnerschaftlichen Verbindungen Deutschlands und der EU mit den **Vereinigten Staaten** erleben eine Krise. Durch den teilweisen Rückzug der USA aus globalen Institutionen entsteht ein geopolitisches Machtvakuum. Dass diese Lücke bisher nicht gefüllt werden konnte, vergrößert die Herausforderungen und erhöht die Verantwortung Deutschlands und der EU. Auch bestehende Bündnisse wie die NATO stehen vor existenziellen Fragen.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und **China** sind geprägt von einem Spannungsdreieck aus Wettbewerb, Kooperation und systemischer Rivalität. Neben Handels-, Rohstoff- und Menschenrechtsfragen rücken zunehmend Aspekte internationaler Sicherheit in den Fokus.

Gleichzeitig steigt das geopolitische Gewicht von **Schwellenländern**. Als Mittelmächte innerhalb eines internationalen Systems, das zunehmend von Multipolarität geprägt wird, fordern sie mehr Mitsprache, neue Kooperationsformen und die stärkere Anerkennung ihrer Interessen.

Deutschland und Europa sind gefordert, mit einem **integrierten, strategischen Ansatz in der Gestaltung ihrer Außenbeziehungen** zu antworten – unter Einbeziehung **geoökonomischer und geopolitischer Überlegungen**. Dabei gilt es, den vorhandenen politischen Instrumentenkasten gezielt und umsichtig einzusetzen.

Im **Koalitionsvertrag** finden sich Ansätze zu einer solchen stärkeren Integration, z.B. durch das Bekenntnis zu einer **integrierten Sicherheitspolitik**, die Außen-



E3G

und Verteidigungspolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit zusammenführt.¹ Gleichzeitig wird die nationale und internationale **Klimaschutzpolitik im Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit zusammengeführt**, sodass eine effektive Abstimmung zwischen diesem und den anderen Ministerien sowie dem Kanzleramt umso wichtiger wird.

Ein **strategisches Vorgehen in Deutschlands Außenbeziehungen**, das die Folgen des Klimawandels adressiert und das Ziel verfolgt, den Übergang zu einer dekarbonisierten Wirtschaft mitzugestalten, sieht sich in diesem Kontext mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert.

Vier Herausforderungen sind dabei von besonderer Bedeutung:

- > **Stabilität der Handelsbeziehungen und Lieferketten:** Die Auswirkungen des Klimawandels setzen Handelsbeziehungen und wirtschaftliche Kooperationen unter Druck – mit Folgen für internationale Lieferketten und Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen. Resiliente Lieferketten und stabile, diversifizierte Handelsbeziehungen – basierend auf einem regelbasierten internationalem Handelsregime mit verlässlichen Rahmenbedingungen – sind jedoch zentral für die Wettbewerbsfähigkeit.
- > **Risiken durch fossile Energieträger:** Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die deutsche und europäische Abhängigkeit von fossilen Energieimporten und die damit verbundene Verwundbarkeit offengelegt. Ein Energiesystem auf fossiler Basis birgt erhebliche geopolitische und wirtschaftliche Risiken – von Versorgungsunterbrechungen kontinuierlich notwendiger Importe bis hin zur Gefahr der Nutzung als politisches Druckmittel. Darüber hinaus birgt der erwartete Rückgang in der globalen Nachfrage fossiler Rohstoffe auch transitorische Risiken für die von Exporten fossiler Energieträger wirtschaftlich abhängigen Länder, die es abzufedern gilt.
- > **Steigende volkswirtschaftliche Folgekosten:** Auswirkungen und Folgen des Klimawandels wie durch verstärkt auftretende Extremwetterereignisse ziehen gesamtwirtschaftliche Folgekosten nach sich. Diese belasten Staatshaushalte und schränken finanzielle Spielräume ein. Allein in Deutschland wurden für den Zeitraum von 2000 bis 2021 knapp **145**

¹ CDU, CSU, SPD, 2025, **Verantwortung für Deutschland – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD** (Website, aufgerufen am 14. Juli 2025)



E3G

Milliarden Euro Schäden aufgrund von Extremwetterereignissen erfasst.² Weltweit betragen die Kosten durch Naturkatastrophen alleine in 2024 **320 Milliarden US-Dollar**.³

- > Schließlich werden diese Herausforderungen noch verstärkt durch die allgemeine **Erosion der multilateralen Zusammenarbeit**: Das multilaterale System sieht sich fundamentalen Herausforderungen ausgesetzt. Seine Regeln und die Fähigkeit multilateraler Institutionen, die ihnen übertragenen Aufgaben und Funktionen zu erfüllen, werden zunehmend in Frage gestellt. Für die internationale, regelbasierte Ordnung ist Vertrauen in die Legitimität und Funktionsweise dieser Institutionen jedoch von zentraler Bedeutung. In diesem Kontext haben insbesondere die UN-Klimaverhandlungen eine Signalwirkung. Die 30. UN-Klimakonferenz (COP30) Ende 2025 in Belém, Brasilien, wird vor diesem Hintergrund zu einem geopolitischen Prüfstein. Zehn Jahre nach Beschluss des Pariser Klimaabkommens wird ihr Ausgang zur Messlatte für die Glaubwürdigkeit multilateraler Zusammenarbeit und die politische Handlungsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft.

Deutschland und die EU können im Rahmen dieser Dynamiken die eigene Dekarbonisierung und einen wirksamen Umgang mit dem Klimawandel nicht im Alleingang gestalten. Partnerschaften und internationale Kooperation über die EU hinaus sind unerlässlich um Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit zu erhalten.

Die Bundesregierung sollte daher einen **integrierten Ansatz** verfolgen, der die folgenden **strategischen Handlungsfelder** miteinander verknüpft:

- > Die **geopolitische Handlungsfähigkeit der EU stärken** – durch eine mit den Mitgliedsstaaten koordinierte EU-Außenpolitik, strategische Partnerschaften und eine integrierte Strategie für Wachstum und Dekarbonisierung. Dazu zählen die Ausweitung fiskalischer Spielräume, gezielte strategische Investitionen für die Transformation und klare Signale für eine ambitionierte EU-Klimapolitik, insbesondere im Kontext der Diskussion um das 2040-Ziel und des EU-Klimaschutzbeitrags (NDC) im Rahmen des Pariser Klimaabkommens, welcher im September 2025 eingereicht werden sollte.
- > Die **Dekarbonisierung und Resilienz der Weltwirtschaft gegenüber Klimafolgen aktiv mitgestalten** – insbesondere durch den gezielten Ausbau

² Prognos, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung, 2022, **Übersicht vergangener Extremwetterschäden in Deutschland** (PDF)

³ Munich RE, 2025, **Natural disasters 2024: Climate change is showing its claws** (Website, aufgerufen am 4. Juli 2024)



E3G

außenwirtschaftlicher Beziehungen, strategische Partnerschaften und Netzwerke, Investitionsanreize für klimaneutrale Technologien, Produkte und Dienstleistungen in Partnerländern sowie durch die Berücksichtigung von Klimarisiken in Förderinstrumenten. Neben den konventionellen Instrumenten gilt es in diesem Bereich aber auch, innovativere Formate wie Clean-Tech Cluster und internationale Innovations-Ökosysteme einzusetzen.

- > Deutschland und die EU **als bevorzugte Handels- und Kooperationspartner für Drittstaaten und Unternehmen positionieren** – insbesondere im Clean-Tech-Sektor. Möglich ist das u.a. durch die Stärkung der WTO, die Berücksichtigung von Klimarisiken in der Exportförderung, die diplomatische Begleitung von Instrumenten wie dem europäischen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), sowie durch strategische Kooperation mit zentralen Schwellenländern und Regionen.
- > Die **globale Umstellung auf erneuerbare Energien gestalten** – durch den Ausstieg aus fossilen Energiequellen und den Hochlauf sauberer Technologien in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern.
- > **Internationale Kooperationsformate stärken**, etwa bi- und plurilaterale Partnerschaften und Dialoge wie die „**Just Energy Transition Partnerships**“, „**Country Platforms**“ zur verbesserten Steuerung von Multi-Stakeholder-Prozessen und den **Klimaclub**.
- > **Internationale Finanzströme und Kapitalmärkte** auf die Transformation zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft **ausrichten** – u.a. durch tiefgreifende Mandatsreformen mit Fokus auf Klima und Resilienz sowie durch flexiblere Vergabebedingungen für Finanzhilfen in Klima- und Krisensituationen.
- > Die **Klimadiplomatie wirksam ausbauen** – durch starke internationale Präsenz, klare Position gegenüber China als Schlüsselakteur und Partner beim internationalen Klimaschutz sowie durch Vorreiterallianzen wie z.B. das „Global Energy Transition Forum“. Die COP30 in Brasilien muss den Grundstein für die nächste Dekade internationaler Klimapolitik legen, institutionelle Reformen anstoßen und die Glaubwürdigkeit in die Effektivität des Pariser Klimaabkommens bewahren. Weitere Foren, wie G7/G20 -Treffen sowie die Tagungen von IWF und Weltbank, sollten stärker mit den Themen verzahnt werden (**kohärentes Multi-Foren-Management**).



E3G

Eine geopolitisch handlungsfähige EU

Die EU steht angesichts geopolitischer Spannungen, ökonomischer Fragmentierung und der Folgen des Klimawandels vor der Herausforderung, ihre Handlungsfähigkeit in einer zunehmend multipolaren Welt zu sichern. Es bedarf **integrierter Ansätze** für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Resilienz und Dekarbonisierung. Angesichts eines schwieriger werdenden Umfelds besteht der **effektivste Weg für Europa** in der wirtschaftlichen Nutzung sauberer Energie und dem Schutz globaler Fortschritte bei der Klimazusammenarbeit mit Partnern auf europäischer und auf internationaler Ebene.

Deutschland, als bevölkerungsreichster und wirtschaftsstärkster Mitgliedsstaat, trägt hierbei eine besondere Verantwortung: Die Bundesregierung kann innerhalb der EU eine gestaltende Rolle einnehmen und gezielt dazu beitragen, das geopolitische und geoökonomische Gewicht der EU zu erhöhen. Im Zentrum steht dabei die Stärkung strategischer Souveränität, eine engere Verzahnung der Politiken von EU und Mitgliedsstaaten sowie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit.

Voraussetzung dafür ist eine **verbesserte Abstimmung** der EU-Mitgliedsstaaten und der Kommission im außenpolitischen Wirken. Dies sollte über einzelne Programme hinausgehen, zum Beispiel im Rahmen der vielfältigen und in ihrer Umsetzung mit Reibungsverlusten behafteten zwischenstaatlichen Partnerschaften. Erforderlich ist zudem eine **stärkere Kohärenz** zwischen klima- und industriepolitischen Zielen im innen- wie im außenpolitischen Handeln.

Die **Bundesregierung liefert im Koalitionsvertrag wichtige Ansätze**, um die Handlungsfähigkeit Europas zu stärken. Die Weiterentwicklung des Clean Industrial Deals und die weitere Umsetzung des European Green Deals können politische Akzente setzen. Der mehrjährige Finanzrahmen soll dabei dem Anspruch der neuen Bundesregierung, „einer geopolitisch handlungsfähigen EU Rechnung zu tragen“, gerecht werden. Die Zielsetzung einer kohärenten Positionierung der Bundesregierung und die Stärkung der „Franco-German Engine“ sowie des Weimarer Dreiecks können neue Dynamiken ermöglichen. Das Ziel ist hier klar definiert: das koordinierte Handeln von EU-Kommission, EU-Parlament, Europäischem Auswärtigem Dienst und Mitgliedstaaten für einen gemeinsamen Auftritt als „Team Europe“.

Mit dem Bekenntnis **zur Klimaneutralität Deutschlands bis 2045 und der EU bis 2050** wurden im Koalitionsvertrag zukunftsweisende Signale gesendet. Die



E3G

Bundesregierung **unterstützt ein EU-weites Netto-Reduktionsziels von 90% bis 2040 gegenüber 1990** (inkl. von bis zu 3% „glaubwürdige CO2-Reduzierung durch hochqualifizierte, zertifizierte und permanente Projekte [...] in außereuropäischen Partnerländern“) – angelehnt an das deutsche Klimaschutzziel von 88% (91% inkl. LULUCF) bis 2040. Diese Unterstützung hat entscheidend zur Lösung politischer Blockaden innerhalb der EU beigetragen.

Handlungsfelder für eine geopolitisch handlungsfähige EU:

- > Eine kohärente EU-Außenpolitik erfordert eine **stärkere Abstimmung des Engagements der EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten** – auch in der Zusammenarbeit mit Partnern. Institutionelle Reformen können dies langfristig absichern.⁴ Es beinhaltet die Zusammenführung strategischer Informationen, die Abstimmung von Initiativen und EU-Delegationen und eine ausreichende Ausstattung mit Ressourcen und Kompetenzen.
- > Um einen integrierten Ansatz für die EU-Außenbeziehungen zu entwickeln, gilt es, **klima-, industrie-, handels- und entwicklungspolitische Ziele miteinander zu verknüpfen** und in Einklang zu bringen. Dies sollte vor allem im Rahmen der „**Global Gateway**“-Initiative und der „Clean Trade and Investment Partnerships“ (**CTIPs**), aber auch im Kontext der kommenden „**EU Economic Security Doctrine**“ geschehen.
- > Eine **vertiefte Zusammenarbeit zwischen den Delegationen von EU und Mitgliedstaaten** kann dies unterstützen und dazu beitragen, unbeabsichtigte Effekte – wie bei der mangelnden diplomatischen Begleitung des CBAM – im Rahmen europäischer Politikgestaltung frühzeitig zu identifizieren entsprechende politische Antworten zu finden.
- > Der **mehrfährige EU-Finanzrahmen sollte** ausreichend dimensioniert sein, um strategische Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit, Dekarbonisierung und Resilienz zu gewährleisten, inklusive der Fähigkeit, auf Krisen schnell und effektiv zu reagieren. Das beinhaltet auch die entsprechende Aufstockung der externen Dimension des Finanzrahmens.
- > Die Bundesregierung sollte sich um die **Reduktion von Risiken durch Fragmentierung** bestehender Politiken bemühen und Planungssicherheit für Unternehmen und Investoren sicherstellen.
- > Um die Dekarbonisierung energieintensiver Industrien, und somit ihre Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit angesichts der Umstellung des

⁴ E3G, 2024, **EU- und Deutsche Außenpolitik - Klima- und Geopolitik institutionell verknüpfen**



E3G

Energiesystems, sicherzustellen, kann die Bundesregierung **EU-Leitmärkte für emissionsfreie und emissionsarme Technologien und Produkte** entwickeln und dabei auf bestehenden deutschen Bestrebungen aufbauen, u.a. durch Standardisierung sowie der gezielten Berücksichtigung bei der öffentlichen Beschaffung (**Green Public Procurement**). Eine gut ausgestattete „Bank für Dekarbonisierung“ auf europäischer Ebene kann dies unterstützen.

- > Das von der Regierung unterstützte und von der EU-Kommission vorgeschlagene **EU-Netto-Reduktionsziel von insgesamt 90% bis 2040** soll in den anstehenden Verhandlungen in der EU weiterhin aktiv unterstützt werden.⁵ Die Integrität des Ziels ist wichtig, um sicherzustellen, dass Investitionen in die Dekarbonisierung auch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU stärken. Gleichzeitig, und davon abgeleitet, sollte sich die neue Bundesregierung für die **Einreichung eines qualitativ hochwertigen EU-Klimaschutzbeitrags („NDC“) für die nächste Weltklimakonferenz COP30 in Brasilien bis Ende September 2025** einsetzen.

Integrierte Sicherheitspolitik

Die „**Nationale interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung**“ (NiKE) unter Mitwirkung deutscher Sicherheitsinstitutionen – darunter der Bundesnachrichtendienst und das Institut für Strategie und Vorausschau der Universität der Bundeswehr – verweist auf die Risiken des Klimawandels für die nationale Sicherheit Deutschlands bis 2040.⁶ Im Bericht werden die Folgen des Klimawandels zu den fünf größten externen Bedrohungen für Deutschland gezählt. Auch der „**Global Risks Report**“ des Weltwirtschaftsforums identifiziert extreme Wetterereignisse, kritische Veränderungen der Erdsysteme, den Verlust der Biodiversität, den Zusammenbruch von Ökosystemen und die Verknappung natürlicher Ressourcen als die dominierenden Langfristrisiken; extreme Wetterereignisse werden als das zweitgrößte Risiko der kommenden zwei Jahre gesehen.⁷ Auch eine **Analyse der NATO** aus dem Jahr

⁵ European Commission, 2025, **Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) 2021/1119 establishing the framework for achieving climate neutrality** (PDF)

⁶ Metis Institut für Strategie und Vorausschau, adelphi research gGmbH, Bundesnachrichtendienst, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, 2024, **Nationale Interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung** (PDF)

⁷ World Economic Forum, 2025, **Global Risks Report 2025**



E3G

2024 hebt den tiefgreifenden Einfluss eines beschleunigten Klimawandels auf die Sicherheit der verbündeten Staaten hervor.⁸

Diese Sicherheitsrisiken entstehen sowohl durch die **physischen** Auswirkungen des Klimawandels als auch im Kontext der globalen politischen und wirtschaftlichen Umstellungen auf eine dekarbonisierte Wirtschaft (**transitorische** Risiken). Klimafolgen wie etwa Extremwetterereignisse oder der Meeresspiegelanstieg gehen so einher mit Sicherheitsfragen sowie dem Wandel und der Stabilität der internationalen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ordnung.

Sie ziehen physische, ökonomische und soziale Folgen nach sich und bergen ein erhebliches **Konfliktpotenzial**, auch im zwischenstaatlichen Rahmen. Sie können direkt und indirekt regionale Stabilität gefährden, Lieferketten und regionale Produktionsstätten beeinträchtigen sowie Absatzmöglichkeiten und Direktinvestitionen für deutsche Unternehmen bedrohen, was erhebliche volkswirtschaftliche Kosten mit sich bringen kann.

Zugleich erhöht die Umstellung auf saubere Energieträger die **Resilienz** Deutschlands und Europas **gegenüber Angebots- und Preisschocks** sowie Beschränkungen in einem komplexer werdenden geopolitischen Kontext. Fossile Energieträger haben in der Vergangenheit wiederholt das Versprechen einer sicheren und stabilen Verfügbarkeit nicht eingelöst. Die Abhängigkeit Europas von kontinuierlichen Importen fossiler Energieträger hat sich als strategische Schwachstelle erwiesen: Russland nutzte sie bereits vor dem Angriffskrieg gegen die Ukraine als politisches Druckmittel und tut dies weiterhin.

Das unmittelbare Risiko für den Betrieb von Energieinfrastruktur aufgrund der Unterbrechung von Lieferketten ist **bei erneuerbaren Energien strukturell geringer als bei fossilen Energieträgern**. Bei fossilen Energien geht es um die ununterbrochene Lieferung von Brennstoffen, bei erneuerbaren Energien um die Lieferung von Rohstoffen und Vorprodukten für Instrumente zur Umwandlung in nutzbare Energie. Laut einer Szenario-Rechnung kann der konsequente Ausbau erneuerbarer Energiesysteme den **Anteil von Energieimporten an der deutschen Primärenergieversorgung von ca. 70% auf 27 % senken**⁹ und damit erheblich zur **strategischen Autonomie Deutschlands** beitragen – mit weitreichenden wirtschafts- und sicherheitspolitischen Implikationen.

⁸ NATO, 2024, **The Secretary General's Report - NATO Climate Change and Security Impact Assessment** (PDF)

⁹ DNV, 2025, **Deutschland auf gutem Weg zur Energie-Unabhängigkeit**



E3G

Die Bundesregierung verfolgt einen integrierten Sicherheitsbegriff, der Verteidigungs- und Außenpolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit umfasst.

Klima- und Energiepolitik sind integraler Bestandteil der Sicherheit Deutschlands. Es gilt, sie systematisch in sicherheitspolitische Strategien zu integrieren, um die zahlreichen Kausalbeziehungen zwischen klassischer Sicherheitspolitik und der Politik gegenüber den Risiken und Chancen, die sich aus Dekarbonisierung und Klimawandel ergeben, in den Blick zu nehmen.

Handlungsfelder effektiver Sicherheitspolitik im Kontext der neuen Geopolitik:

- > **Sicherheitsrelevante Aspekte des Klimawandels**, einschließlich der Klimawandelanpassung und der Umstellung des globalen Energiesystems, **müssen in die nationale Sicherheitspolitik eingebunden werden**. Der **Nationale Sicherheitsrat** sowie die ressortübergreifende Strategieentwicklung spielen dabei eine zentrale Rolle. So kann die Bundesregierung dem von ihr verfolgten integrierten Sicherheitsbegriff umfassend gerecht werden.
- > Um erweiterten Sicherheitsanforderungen gerecht zu werden und staatliche Stellen zu entlasten, sollten **strategische Vorausschau und gemeinsame Analysen** durch die Einbindung des Wissens von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gestärkt werden. Dazu zählen einzuberufende Kommissionen wie die „**Nord-Süd**“-Kommission oder die vom Bundestag einzusetzende **Expertenkommission zu „De-Risking“**. Zu diesen Analysen zählen auch eine **Auswertung bestehender Partnerschaften** Deutschlands mit Schwellen- und Entwicklungsländern. So kann ein Beitrag zu ressortübergreifenden Analysen geleistet und das ressortübergreifende Teilen relevanter Informationen eine Grundlage ressortübergreifenden Handels unterstützt werden.
- > Zur institutionellen Stärkung integrierter Sicherheit sollte **auf EU-Ebene ein außenpolitischer Ansatz** etabliert werden, der **geopolitische Auswirkungen der Dekarbonisierung sowie Klimarisiken systematisch adressiert**, wie im vorigen Kapitel beschrieben.
- > Die Bundesregierung kann ihre **Erfahrungen** im Umgang mit den Risiken des Klimawandels und deren politischer Integration **auf EU- und internationaler Ebene einbringen**. Darunter fällt auch das Management von Klimarisiken. Die Bundesregierung kann hier zusätzlich die Erarbeitung des geplanten **europäischen Klimaresilienzgesetzes** unterstützen.



E3G

-
- > In internationalen Foren und Institutionen wie der **NATO** und der **Internationalen Energieagentur IEA** sollte sich die Bundesregierung für ein **erweitertes Sicherheitsverständnis** einsetzen. Ein effektives Instrument zur Stärkung dessen kann auf Initiativen zum Klima-Sicherheit-Nexus wie im Rahmen der **Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und Großbritannien** aufbauen.
 - > Die Umsetzung der jüngst im Rahmen der **NATO-Einigung** beschlossenen Zielgrößen, ab 2035 3,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts für Verteidigungsausgaben und 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts „für verteidigungs- und sicherheitsrelevante Bereiche wie Infrastruktur, Industrie und Resilienz“ aufzuwenden, sollte **Klimarisiken explizit adressieren**.¹⁰

Außenwirtschaft und Handel

Deutschland ist als führende Industrienation eng in die Weltwirtschaft eingebunden. Als drittgrößte Exportnation der Welt entfällt mit **8 Prozent** ein **überproportionaler Anteil deutscher Exporte auf Clean-Tech-Lösungen**. In diesem Bereich liegt das Exportwachstum seit 2020 zudem über dem der Gesamtexporte.¹¹ Das für 2022 auf eine Billionen Euro geschätzte Volumen des GreenTech-Marktes kann sich zudem innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte auf ca. vier Billionen Euro erhöhen.¹² Gleichzeitig fordern die Veränderungen globaler Dynamiken das deutsche Exportmodell stark heraus.

Mit der gezielten Vertiefung von Partnerschaften und strategischen Beziehungen mit Industriestaaten und aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländern – etwa durch eine neue **Afrika-Strategie** sowie verstärkte Kooperationen in **Lateinamerika** und dem **Indo-Pazifik** – setzt die Bundesregierung im Koalitionsvertrag wichtige Akzente. Europäische Handels- und Investitionspolitik kann und muss ein **eigenständiges, attraktives Angebot gegenüber Drittstaaten** darstellen, das sich durch Verlässlichkeit und strategische Partnerschaft auf Augenhöhe auszeichnet.

¹⁰ NATO, 2025, **The Hague Summit Declaration** (Website, aufgerufen am 17. Juli 2025)

¹¹ Umweltbundesamt, Prognos AG, 2025, **GreenTech made in Germany 2025 Umwelttechnik-Atlas für Deutschland**

¹² Umweltbundesamt, Prognos AG, 2025, **GreenTech made in Germany 2025 Umwelttechnik-Atlas für Deutschland**



E3G

Die Bundesregierung verfügt über eine **breite Palette außenwirtschaftlicher Förderinstrumente**. Um geopolitischen Anforderungen gerecht zu werden und internationalen Zusagen nachzukommen, müssen diese Instrumente verstärkt Risiken des Klimawandels adressieren und mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens kompatibel ausgestaltet werden. Schon jetzt setzt der Bund zur Verringerung politischer Risiken bei Direktinvestitionen in kritischen Transformationsmärkten Investitionsgarantien ein. Die **KfW Entwicklungsbank** setzt über klimabezogene Kreditlinien und Zuschüsse gezielt Transformationsimpulse. Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft **DEG**, Teil der KfW Bankengruppe, fördert **privatwirtschaftliche Investitionen** in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft durch Eigenkapital- und Mezzanine-Finanzierungen.¹³ Zudem öffnen Exportinitiativen – wie die durch das BMWK unterstützte **Exportinitiative Energie** oder die durch BMUKV unterstützte **Exportinitiative Umweltschutz** – gezielt neue Märkte für deutsche Clean-Tech-Unternehmen.¹⁴

Gleichzeitig erfordert die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens eine Umstellung des globalen Energiesystems und die Entwicklung einer internationalen **Wasserstoffwirtschaft**: Auch die Bundesregierung betont dieses Anliegen. Die Umstellung auf „grünen“ klimafreundlichen Wasserstoff sollte fokussiert vorangetrieben werden, basierend auf einem wachsenden Anteil erneuerbarer Energien aus dem In- und Ausland.

Als **flankierende Maßnahme** muss die Bundesregierung mit der EU ein **regelbasiertes und multilaterales globales Handelssystem strategisch absichern** und weiterentwickeln, besonders im Kontext geopolitischer Spannungen. Parallel dazu sollten neue Handelsabkommen vorangetrieben werden.

Handlungsfelder zukunftsorientierter Außenwirtschaftspolitik:

- > Von der Bundesregierung bereitgestellte **außenwirtschaftliche Förderinstrumente**, beispielsweise für exportorientierte und investitionsbereite Unternehmen, **sollten Klimarisiken explizit berücksichtigen und auf Kompatibilität mit dem Pariser Klimaabkommen zielen**. Die Einbindung europäischer Initiativen wie „**Global Gateway**“ sowie von „**Clean Trade and Investment Partnerships**“ in die geplante gemeinsame

¹³ Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, 2025, **Investitionsbezogene Informationen** (Website, aufgerufen am 14. Juli 2025)

¹⁴ BAFA, 2025, **Exportinitiative Energie** (Website, aufgerufen am 14. Juli 2025); ZUG gGmbH, 2025, **Exportinitiative Umweltschutz** (Website, aufgerufen am 14. Juli 2025)



E3G

Anlaufstelle der Außenwirtschaftsförderung und der Entwicklungszusammenarbeit kann einen wirksamen Beitrag zur Kohärenz des außenpolitischen Wirkens der EU leisten, beispielsweise durch die gemeinsame Identifikation geeigneter Projekte durch Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit Unternehmen. Auch bestehende Exportinitiativen sollten hier eingebunden werden. Ein beigeordnetes „**Forum für Klimainvestitionen und Außenwirtschaft**“ kann hier den strategischen Dialog mit der Wirtschaft unterstützen.

- > Die Bundesregierung kann technologische und regulatorische Expertise nutzen, um **internationale Technologiekoooperation** und gemeinsame Innovationsprojekte zu fördern. Dazu gehören auch der Aufbau starker internationaler **Forschungs- und Innovationsnetzwerke** sowie die Fortführung bestehender Kooperationen, wie im Rahmen des **Klimaklubs**, **LeadIT** und vergleichbarer bilateraler Formate.¹⁵
- > Der beschleunigte Hochlauf grüner Infrastrukturen und Technologien kann durch **strategische Partnerschaften entlang der Wertschöpfungsketten** vorangetrieben werden, um **Skaleneffekte** optimal zu nutzen. Dazu zählt auch der Aufbau einer internationalen grünen Wasserstoffwirtschaft, einschließlich der Weiterentwicklung der Wasserstoffstrategie zu einem außenwirtschaftlichen Instrument, getragen von strategischen Partnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern.
- > **Strategische, nachhaltige, und kooperative Rohstoffpartnerschaften** für kritische Rohstoffe sollten gezielt ausgebaut und mit Maßnahmen zur Schaffung von Wertschöpfungsketten in den Partnerländern verknüpft werden. Der Katalog kritischer Rohstoffe des „**Critical Raw Materials Act**“ der EU muss erweitert werden.
- > Um die Wettbewerbsfähigkeit klimafreundlicher Produktion im In- und Ausland zu fördern, sollte die Bundesregierung sowohl den **strategischen Einsatz von EU-Handelsinstrumenten für kohlenstoffarme Exporte** fördern als auch die Handelsöffnung für kohlenstoffarme **Importe** vorantreiben. Gleichzeitig sollte sie die internationale Zusammenarbeit mit strategischen Partnern ausbauen und die Resilienz internationaler Handelsverträge durch eine Paris-konforme Ausgestaltung stärken. Ein vielversprechender Ansatz ist die **präferentielle Behandlung von Clean-Tech-Technologien, Produkte und Serviceleistungen in Handelsverträgen** nach dem Schweizer Modell.

¹⁵ Climate Club, <https://climate-club.org/> (Website, zuletzt aufgerufen am 14. Juli 2025); Leadership Group for Industry Transition, <https://www.industrytransition.org/> (Website, zuletzt aufgerufen am 14. Juli 2025);



E3G

-
- > Um **Standardsetzung und Standardverbreitung** für emissionsarme Technologien aktiv zu unterstützen, sollte die Bundesregierung im Klimaklub und ähnlichen Initiativen eine führende Rolle übernehmen. Dabei sind insbesondere einfache, effektive **Industriestandards** zu entwickeln. Gleichzeitig sollte der **Klimaklub thematisch erweitert, vertieft und um neue Mitglieder ergänzt** werden.
 - > Mit dem europäischen **CBAM** hat die EU einen wichtigen Schritt für faire Wettbewerbsbedingungen emissionsarmer Produkte unternommen. Entscheidend ist nun die **enge Koordination mit internationalen Partnern** sowie eine **rechtzeitige und wirksame Umsetzung des CBAM**. So lässt sich nicht nur die Verlagerung von CO₂-Emissionen verhindern, sondern auch ein **langfristiges CO₂-Preissignal** für die Industrie in Deutschland, der EU und international senden. Die Diskussionen um den CBAM waren zu sehr nach innen gerichtet, die **internationale Dimension nicht ausreichend adressiert** worden. Neben technischer Unterstützung braucht es industrie- und entwicklungspolitisch verankerte Strategien, um Handelspartner bei der Umsetzung des CBAM zu begleiten und potenzielle politische Spannungen durch frühzeitige internationale Abstimmung zu entschärfen. Hierfür könnten u.a. auch Einnahmen aus dem CBAM genutzt werden.
 - > Um den **Umstellungs-Risiken in von fossilen Energieexporten abhängigen Staaten** zu begegnen, sollte die Bundesregierung schließlich **Dialogformate mit diesen Ländern etablieren**.¹⁶

Paris-konforme Finanzsysteme entwickeln

Die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft und die globale Anpassung an die Folgen des Klimawandels erfordern **Investitionen in historisch beispiellosem Ausmaß**. Schätzungen zufolge werden weltweit jährlich mehrere Billionen Euro benötigt, um eine klimakompatible Entwicklung zu ermöglichen. Allein in Entwicklungs- und Schwellenländern, China exklusive, beträgt der Investitionsbedarf aus ausländischen Finanzquellen **1,3 Billionen Euro jährlich ab 2035**, um dort die Energiewende voranzutreiben, klimaresiliente Infrastrukturen aufzubauen und nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen.¹⁷

¹⁶ E3G, 2024, **An orderly and equitable global transition away from fossil fuels**

¹⁷ Independent High-Level Expert Group on Climate Finance, 2024, **Raising ambition and accelerating delivery of climate finance**



E3G

Für die Bundesregierung ergibt sich daraus eine **Verantwortung** zu handeln, aber auch erhebliche **Chancen**: Erstens, um ihren internationalen Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Abkommens gerecht zu werden. Zweitens, um Deutschlands wirtschaftliche und geostrategische Interessen in einer zunehmend klimavulnerablen Weltordnung zu wahren. Deutschland muss seine außenpolitischen Instrumente konsequent für die Mobilisierung Paris-kompatibler Finanzströme ausrichten – als Beitrag zu globaler Stabilität, nachhaltigem Wohlstand und sicherheitspolitischer Resilienz.

Bereits die Vorgängerregierung hat Klimaresilienz in bilateralen Partnerschaften, internationalen Organisationen und multilateralen Foren gestärkt. Deutschland nutzte seine Rolle als führender Geberstaat und als Stimme in G7, G20 und den Klimaverhandlungen (UNFCCC), um eine globale **Klimafinanzierung** voranzutreiben. Unter anderem initiierte sie gemeinsam mit der V20-Gruppe den **Globalen Schutzschirms gegen Klimarisiken („Global Shield“)**, der auf der COP27 unter deutschem G7-Vorsitz vorgestellt wurde¹⁸, und war maßgeblich am Aufbau des **Loss and Damage Funds** beteiligt.

Vorangegangene Bundesregierungen hatten zugesagt, den deutschen Beitrag zu **internationaler Klimafinanzierung aus Haushaltsmitteln** bis 2020 auf **6 Milliarden Euro jährlich** zu erhöhen. Programme der **KfW** ergänzen diese Mittel. Nach OECD-Definition und -Berechnungen stellte die KfW im Jahr 2023 circa **3,8 Milliarden Euro** mobilisierter Marktmittel an Klimafinanzierung bereit – überwiegend als rückzahlbare und verzinsten Darlehen.¹⁹ Die Bundesregierung hat angekündigt, einen „fairen Beitrag“ zu internationaler Klimafinanzierung zu leisten, plant jedoch zugleich Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit (ODA).

Handlungsfelder zur Entwicklung Paris-konformer Finanzströme

- > Die bestehenden Strukturen internationaler Finanzinstitutionen – insbesondere des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und anderer multilateraler Entwicklungsbanken (MDBs) – müssen konsequent an den Zielen nachhaltiger Entwicklung und Klimaneutralität ausgerichtet werden. Die Bundesregierung kann sich für eine tiefgreifende **Mandatsreform** mit stärkerem Klima- und Resilienzfokus einsetzen, ebenso wie für **flexiblere Konditionalitäten** bei Finanzhilfen in Klima- und

¹⁸ BMZ, 2024, **Global Shield against Climate Risks** (Website, aufgerufen am 14. Juli 2025)

¹⁹ BMZ, 2024, **Deutschland leistet erneut fairen Anteil an Klimafinanzierung für Schwellen- und Entwicklungsländer** (Website, aufgerufen am 16. Juli 2025)



E3G

Krisensituationen. Eine stärkere Kapitalausstattung und neue Finanzierungsmechanismen – etwa durch die Reinvestition beziehungsweise das Recycling von Sonderziehungsrechten (SDRs) via Multilaterale Entwicklungsbanken (MDB) – sind dafür unerlässlich.

- > Die künftigen, **fairen Beiträge** der Bundesregierung **zur internationalen Klimafinanzierung** sollten der globalen Finanzierungslücke Rechnung tragen und im Einklang mit der Erhöhung des internationalen Ziels von 100 Milliarden US-Dollar jährlich auf **300 Milliarden US-Dollar jährlich bis 2035** stehen. Die Bundesregierung sollte **Aufwüchse beim deutschen Beitrag** zur internationalen Klimafinanzierung **bis 2030 in Aussicht stellen** und haushaltspolitisch verankern. Dabei sollte sie den Anteil nicht rückzahlbarer Zuschüsse deutlich steigern, insbesondere für klimavulnerable Staaten und im Bereich der Anpassungsmaßnahmen. Ein stärkerer Fokus auf Zuschüsse statt Kredite ist dabei nicht nur eine Frage der Fairness, sondern auch der Schuldennachhaltigkeit in den Partnerländern.
- > Die Bundesregierung sollte die Mobilisierung privaten Kapitals zur Schließung der Finanzierungslücke aktiv fördern. Dazu gehören unter anderem „**Grüne Garantien**“ zur Risikominimierung bei Investitionen in Transformationsmärkten sowie weitere De-Risking-Mechanismen, etwa auf Basis der Empfehlungen der **Green Guarantee Group**.²⁰ Zusätzlich können **Hybridkapital** und **Mezzanine**-Finanzierungsinstrumente über die DEG und andere KfW-Tochtergesellschaften ausgebaut sowie öffentlich-private Kooperationsmodelle wie **Blended Finance** oder **Public-Private-Partnerships** weiter gestärkt werden. Auch innovative Partnerschaften mit Versicherungen, Pensionsfonds, Banken und institutionellen Investoren sollten gezielt über die deutsche Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik angebahnt und insbesondere in den Bereichen der Klimawandelanpassung und -Resilienz genutzt werden.
- > Die Bundesregierung sollte sich für effektive Preis- und Marktmechanismen einsetzen, um **Fehlanreize zu korrigieren** und Investitionen in emissionsarme Technologien und Produkte wirtschaftlich attraktiver zu gestalten. Dies umfasst insbesondere die internationale Harmonisierung von **CO₂-Bepreisungsmechanismen**, insbesondere im Rahmen der G20-Gruppe, der OECD und durch Kooperationsmechanismen gemäß **Artikel 6 des Pariser Abkommens**. Dabei sind hochqualitative Zertifikate und die Integrität von zertifikatgenerierenden Projekten sicherzustellen. **Klimaschädliche**

²⁰ Green Guarantee Group, 2025, **Scaling Up Green Guarantees: Recommendations by the Green Guarantee Group** (PDF)



E3G

Subventionen – etwa für fossile Energien – sollten systematisch identifiziert und ihr schrittweiser Abbau politisch flankiert werden. Künftige Handels- und Investitionsabkommen sollten an Klimaverträglichkeit und Bepreisungslogiken gekoppelt werden.

- > Paris-konforme Finanzflüsse dürfen kein isoliertes Thema der Entwicklungspolitik bleiben, sondern müssen integraler Bestandteil aller außen- und wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesse werden. Hierfür ist eine **institutionalisierte Abstimmung** zwischen Auswärtigem Amt, BMUKN, BMWF, BMZ, BMF und Bundeskanzleramt erforderlich.

Entwicklungs- und internationale Zusammenarbeit

Für Deutschland als Exportnation für Güter, Dienstleistungen und technologische Lösungen ist eine umfassende und strategisch gestaltete **internationale Einbettung von zentraler Bedeutung**. Die erheblichen Wachstumspotentiale von Schwellen- und Entwicklungsländern bieten auch Chancen für Unternehmen und Investoren aus Deutschland – trotz der zunehmenden Herausforderungen durch die Auswirkungen des Klimawandels. Gleichzeitig vertreten diese Staaten ihre Interessen zunehmend selbstbewusster. Die Bundesregierung muss daher gemeinsam mit europäischen Partnern – auch im Vergleich mit China - eigenständige, attraktive und wettbewerbsfähige Angebote für Schwellen- und Entwicklungsländern entgegensetzen.

Internationale Kooperation zur Stärkung einer treibhausgasneutralen Wirtschaft und zur Resilienz gegenüber Klimafolgen bietet hierbei auch **besondere Chancen**. Sie eröffnet Zugang zu Märkten für Zukunftstechnologien und Know-how aus Deutschland und Europa, sichert Absatzmärkte sowie Ressourcen und kann zur Stabilisierung internationaler Rahmenbedingungen und Lieferketten beitragen.

Deutsche Expertise kann auch zur Entwicklung **klimaresilienter Infrastruktur** in Schwellen- und Entwicklungsländern wirksam eingebracht werden – insbesondere angesichts zunehmender Extremwetterereignisse, die höhere Sicherheitsstandards erforderlich machen. Gleichzeitig erhöht wirtschaftliche **Teilhabe vor Ort** die Chancen, dass Menschen Perspektiven in ihrer Heimat finden und nicht zur Migration gezwungen sind.



E3G

Auch im Hinblick auf strukturelle **Effektivität und Effizienz** besteht erhebliches Potenzial. Die internationale Klimazusammenarbeit zwischen Industrie auf der einen Seite und den Regierungen und Unternehmen in den Schwellen- und Entwicklungsländern auf der anderen ist fragmentiert, transaktional und oft nicht ausreichend verankert. Um eine wirksame Transformation zu ermöglichen, gilt es strategische Verknüpfungen zwischen Wirtschafts-, Entwicklungs- und Klimapolitik zu schaffen. Dies beinhaltet, die Klimazusammenarbeit in politische Dialoge einzubetten, diplomatische Koordination zu stärken und sektorübergreifende Ansätze zu entwickeln. Ein starker Klima-Entwicklungs-Nexus mit besserer Koordination und Ressourcennutzung ist notwendig, um eine effektive und effiziente Implementierung der Klimazusammenarbeit zu ermöglichen.

Um **geopolitischen und ökonomischen Realitäten angemessen zu begegnen**, setzt die Bundesregierung auf eine interessens- und wertegeleitete Entwicklungszusammenarbeit. Der Koalitionsvertrag sieht neben einer Steigerung von Effektivität und Kohärenz insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen, die Kooperation im Energiesektor sowie die Bekämpfung von Fluchtursachen als zentrale Handlungsfelder vor. Zugleich sollen die Beziehungen „zu den Ländern des Globalen Südens“ intensiviert werden und bestehende Partnerschaften zu einem **globalen Netzwerk** ausgebaut werden.

Handlungsfelder zur Sicherung und Stärkung internationaler Zusammenarbeit:

- > Um Deutschlands Rolle als **Gestalter internationaler Kooperationen** in einer sich wandelnden Welt zu stärken und den Ausbau partnerschaftlicher und strategischer Beziehungen mit Schwellen- und Entwicklungsländern wirksam zu fördern, sollte die **Nord-Süd-Kommission** den unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen dieser Staaten Rechnung tragen. Sie sollte auch einer Fortschreibung der Dichotomie von „Globalen Norden“ und „Globalen Süden“ entgegenwirken, beispielsweise durch die Bezeichnung als „Kommission für globale Kooperation und Entwicklung“. Elemente für einen wirksamen Beitrag der Bundesregierung beinhalten (i) eine **thematisch breit angelegte Agenda**, auch mit Blick auf die Post-2030-Agenda sowie Klimawandel und Transformation, um die internationale Kooperationsagenda über das Jahr 2030 hinaus strategisch weiterzuentwickeln und mit klarer Zielsetzung Parallelstrukturen zu bestehenden Prozessen zu vermeiden, (ii) **frühzeitige Einbeziehung von möglichen Partnerstaaten** in Konzeption und Umsetzung der Kommission, um eine kohärente und gemeinsame Zielsetzung



E3G

zu gewährleisten, (iii) **Dialogformate auf Augenhöhe** unter wirksamer Einbeziehung von Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, (iv) **hochrangige politische Ownership** auf Seiten der Bundesregierung, (v) **eine systematische Auswertung bestehender Partnerschaften Deutschlands** mit Schwellen- und Entwicklungsländern unter Beteiligung relevanter Stakeholder als Basis für eine effektive und zielgerichtete Strategie der Bundesregierung.

- > Effektive Kooperation kann gelingen, wenn **Transformation, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik zeitgemäß und zukunftsorientiert zusammengedacht** werden.²¹ Dies muss auf Erfahrungen aus Jahrzehnten der Entwicklungszusammenarbeit aufbauen und zugleich auf transformative Wirkung zielen. Es braucht **ressortübergreifende Koordinierungsstrukturen**, die sicherstellen, dass Deutschland seine **außenpolitischen Prioritäten kohärent einbringt** und bilaterale, multilaterale und plurilaterale **Formate strategisch ineinandergreifen**. Zur Gewährleistung effektiver und kohärenter wirtschaftlicher und entwicklungsbezogener Zusammenarbeit sollte Deutschland ein **Netzwerk strategischer Kooperationen entlang eigener geostrategischer Leitlinien** aufbauen und bei dem Ausbau von Deutschlands bilateralen Beziehungen mit Schwellen- und Entwicklungsländern zu einem globalen Netzwerk mitgedacht werden. Ein Fokus sollte auf der strategischen Verzahnung und Komplementarität bestehender Initiativen liegen – sowohl zwischen Gebern, insbesondere im „Team Europe“, als auch auf Augenhöhe und im strategischen Dialog mit Partnerländern. Gleichzeitig muss die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Akteuren und Finanzinstitutionen gezielt ausgebaut werden. Eine verbesserte Abstimmung mit philanthropischen Akteuren kann dazu beitragen, strategische Vorhaben gezielt zu flankieren.
- > Die Bundesregierung strebt die Vertiefung von Partnerschaften im Indo-Pazifik, in Lateinamerika, Ozeanien sowie mit dem afrikanischen Kontinent an. Die **Transformationspartnerschaften und -dialoge mit Schlüsselstaaten wie China, Brasilien und Indien** können deutsche Interessen stärken und der internationalen Klimapolitik neue Impulse verleihen. **Energie-, Rohstoff- und Klimapartnerschaften** bieten hierfür eine konkrete Grundlage: Sie ermöglichen eine Vertiefung bestehender Beziehungen, stützen gemeinsame Interessen und fördern regionale Wertschöpfung sowie nachhaltige Kooperationen auf Augenhöhe. Darüber hinaus kann die Bundesregierung

²¹ E3G, 2025, **Unlocking ambition: A political reset for climate cooperation**



E3G

den **Ausbau trilateraler Partnerschaften** im Sinne sogenannter „Nord-Süd-Süd“-Kooperation mit Schwellen- und Entwicklungsländern erwägen.

- > Die Bundesregierung sollte zusätzlich verstärkt **plurilaterale Kooperationsformate** wie die „**Just Energy Transition Partnerships**“ und „**Country Platforms**“ vorantreiben und zur Implementierung weiterer multi- und plurilateraler Initiativen für emissionsfreie Wirtschaftsmodelle, wirtschaftliche Diversifizierung sowie Klimawandelanpassung und Resilienz initiieren bzw. unterstützen.²² Dies ist insbesondere nach dem **Rückzug der USA** aus derartigen Initiativen von Bedeutung, um Zweifel an ihrer Umsetzbarkeit entgegenzuwirken.

Klimadiplomatie

Die internationale Klimadiplomatie spielte in der deutschen Politik eine bedeutende Rolle – sowohl im europäischen als auch im globalen Kontext. Geopolitische Veränderungen und die wachsende Bedeutung der Implementierung von Klima-Lösungen stellen den UN-Klimaprozess jedoch vor erhebliche Herausforderungen. Nach dem Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen haben sich die Dynamiken innerhalb dieses multilateralen Prozesses spürbar verändert. Vertragsstaaten und Verhandlungsgruppen nehmen neue Rollen ein, während China seine Rolle im multilateralen Klimarahmen deutlich ausbaut. Deutschland und die EU müssen ihre Rolle als **Vermittler und Brückenbauer** im Verhandlungsprozess sicherstellen.

Das Pariser Klimaabkommen hat mit der Senkung der prognostizierten Erderwärmung von über 4 °C auf 2,7 °C seine Steuerungswirkung unter Beweis gestellt. Dennoch reichen die bislang vorgelegten Emissionsreduktionzusagen, insbesondere großer Emittenten, bei weitem nicht aus, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Die 2025 einzureichenden „nationalen Klimaschutzbeiträge“ (NDCs) mit Zielen und Maßnahmen bis 2035 werden diese Lücke mit großer Sicherheit nicht schließen. Zwar wurden seit 2010 erhebliche Mittel für die Klimafinanzierung durch Industriestaaten bereitgestellt – dennoch bleiben diese hinter dem tatsächlichen Bedarf weit zurück. Unzureichende Ergebnisse der letzten Jahre – einschließlich auf der letztjährigen COP29 zu einem neuen globalen Klimafinanzierungsziel – haben bei Schwellen- und

²² BMZ, 2024, **Climate and development partnerships** (aufgerufen am 14. Juli 2025); E3G, 2024, **Country platforms for climate safety and sustainable development**.



E3G

Entwicklungsländern Zweifel an Bedeutung und Nutzen der regelbasierten Ordnung gefördert.

Zehn Jahre nach Beschluss des Pariser Klimaabkommens ist die **COP30** Ende des Jahres in Belém, Brasilien, ein entscheidender Moment, um den Multilateralismus zu stärken. Dafür ist es von zentraler Bedeutung, die „**Ambitionslücken**“ zwischen den von Klimawissenschaft geforderten Maßnahmen, staatlichen Zusagen und tatsächlicher praktischer Umsetzung zu schließen sowie die Kohärenz der bisher fragmentierten Governance-Landschaft zu stärken.²³ Die brasilianische COP30-Präsidentschaft legt in ihrer **Vision für die COP30** einen Schwerpunkt auf Reformen – eine Chance, sozial gerechte Transformationen insbesondere im Energie- und Industriesektor zu ermöglichen.²⁴ Gleichzeitig gilt es, das Vertrauen in die Verfügbarkeit von Finanzmitteln für Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen in Schwellen- und Entwicklungsländern zu stärken.

Die Bundesregierung kann durch ihren Beitrag an einem vertrauensbildenden Ergebnis der COP30 ihre Gestaltungsfähigkeit unter Beweis stellen. Mit der Unterstützung ehrgeiziger deutscher und europäischer Klimaziele, darunter das EU-Reduktionsziel von 90% bis 2040 gegenüber 1990, sowie mit klaren Bekenntnissen zu Multilateralismus und internationaler Kooperation im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung wichtige Weichen gestellt.

Gemeinsam mit europäischen Partnern kann die Bundesregierung darauf hinwirken, dass die COP30 eine „**Implementierungs**“-**Klimakonferenz** wird, die im Rahmen der sogenannten „**Action Agenda**“ Lösungen in den Mittelpunkt stellt und Umsetzungsinitiativen stärkt. Gleichzeitig gilt es, Brücken zwischen zentralen Verhandlungsfragen in den Bereichen Klimafinanzierung, Anpassung, und Minderung zu schlagen.

Handlungsfelder für Klimadiplomatie

- > Die Bundesregierung hat die Zuständigkeit für internationale Klimapolitik vom Auswärtigen Amt an das BMUKN übertragen. Um Deutschlands Führungsrolle in der internationalen Klimadiplomatie zu erhalten, ist ein **zügiger und reibungsloser Übergang** essenziell.

²³ UNEP, 2024, **Emissions Gap Report 2024**

²⁴ COP30 Brasil, 2025, **First Letter from the President of COP30, Ambassador André Corrêa do Lago**



E3G

-
- > Die Bundesregierung kann Klimadiplomatie, Kooperation mit Partnern sowie deutsche und europäische Interessen und in diesem Kontext auch die außenpolitische Dimension integrierter Sicherheit durch die **Beibehaltung von Klimaschwerpunktbotschaften** unterstützen. In emissionsstarken Staaten unterstützen sie nicht nur Emissionsminderungen, sondern auch strategische Klima- und Energiepartnerschaften. In besonders vulnerablen Regionen helfen sie, klimabedingte Risiken wie Ressourcenknappheit oder Konflikte frühzeitig zu erkennen.
 - > Damit die EU weiterhin eine führende Rolle in der internationalen Klimapolitik spielen kann, ist die **rechtzeitige Einreichung des EU-NDC** bis spätestens zum Ende des dritten Quartals 2025 unerlässlich. Um Qualität und internationale Wirksamkeit sicherzustellen, sollte das EU-NDC von dem durch die Bundesregierung unterstützten EU-Emissionsreduktionsziel von 90 % bis 2040 gegenüber 1990 basieren. Mit ihrer Unterstützung eines international wirksamen NDC kann die Bundesregierung zur Dynamik globaler NDC-Diplomatie beitragen und **große Emittenten wie China zu größeren Klimaschutzanstrengungen** bewegen.
 - > Gemeinsame internationale Plattformen wie das durch die EU etablierte „**Global Energy Transition Forum**“ ermöglichen es, **Vorreiterallianzen** zu schmieden.²⁵ Diese können die Umsetzung der „Globalen Bestandsaufnahme“ (Global Stocktake) der COP28 vorantreiben, auf die globale Ambitionsücke im internationalen Klimaschutz reagieren und die „Action Agenda“ auf der COP30 mit Leben füllen. Durch die Gestaltung von Vorreiterallianzen (z.B. auch die „**High Ambition Coalition**“) und ihre **Verknüpfung mit multilateralen Prozessen** kann die Bundesregierung ihre eigene geopolitische Handlungsfähigkeit und die der EU unterstreichen.²⁶
 - > Um die Verbreitung von Technologien und Know-how aus Deutschland und der EU zu fördern, kann sich die Bundesregierung gemeinsam mit der EU für **globale Elektrifizierungsinitiativen** einsetzen.
 - > Neben der Bereitstellung adäquater Mittel für Klimafinanzierung gilt es, über die angestrebten 6 Milliarden Euro hinaus **Aufwüchse als fairen Anteil in Aussicht** zu stellen. Zur Stärkung des Vertrauens in die Umsetzung der auf der COP29 vereinbarten Zielmarke von jährlich 1,3 Billionen US-Dollar ab 2035 ist eine **klare und glaubwürdige „Baku-to-Belém“-Roadmap**

²⁵ Europäische Kommission, 2025, **Global Energy Transition Forum** (Website, aufgerufen am 14. Juli 2025)

²⁶ The High Ambition Coalition, <https://www.highambitioncoalition.org/> (Website, aufgerufen am 14. Juli 2025)



E3G

erforderlich.²⁷ Diese sollte konkrete Wege aufzeigen, wie öffentliche und private Finanzmittel erschlossen, effektiv eingesetzt und insbesondere die Anpassungsfinanzierung gestärkt werden kann – zum Beispiel durch Schuldenerleichterungen, reformierte Strukturen multilateraler Entwicklungsbanken und ländergeführte Plattformen für Resilienz.

- > Um das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit und Glaubwürdigkeit des internationalen Klimaregimes wiederherzustellen, sollte die EU **Reformen der internationalen Klima-Governance** unterstützen. Zukünftige Klimakonferenzen könnten als Bestandsaufnahmen fungieren, bei denen bestehende und auf vorherigen COPs ins Leben gerufene Allianzen messbare Fortschritte im Sinne der Breakthrough Agenda 2030 berichten. Deutschland und die EU sollten auf ein „**Accountability Framework**“ für die **COP30** hinarbeiten. Erwartungen an die Umsetzung der NDCs, die Implementierung der Globalen Bestandsaufnahme, an Finanzierungszusagen sowie an Fortschritte bei der Umstellung des globalen Energiesystems sollten dabei klar definiert werden.
- > Die **COP33**, bei der die zweite Globale Bestandsaufnahme zum Ambitionsniveau der Weltgemeinschaft als Meilenstein globaler Klimapolitik erfolgen wird, soll **vorrausichtlich in Indien** stattfinden. Im Vorfeld der COP33 sollte die Bundesregierung gemeinsam mit der EU frühzeitig die **Koordination mit strategischen Partnern** beginnen. Bestehende Bemühungen wie durch die **OECD-Klimabeauftragten** bieten hier Anknüpfungspunkte. Darüber hinaus können **strategische Partnerschaften Deutschlands und der EU** genutzt werden, um multilaterale Kommunikation zu implementieren und zu vertiefen – wie zum Beispiel bei der „India-Germany Platform for Investments in Renewable Energies Globally“.

²⁷ E3G, 2025, **Getting on the path to \$1.3 trillion**



E3G

Über E3G

E3G ist ein unabhängiger Think Tank mit Büros in Berlin, Brüssel, London, Dublin und Washington. Unser Ziel ist es, die Welt vor den schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu bewahren, den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu beschleunigen und nachhaltig zu gestalten. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website: www.e3g.org/deutsch/

Copyright

This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 License. © E3G 2025